

1. Mai | Gemeinsam Stark

Broschüre zum Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter



Vorwort

Liebe Leserin, Lieber Leser,

in deinen Händen hältst du die Broschüre anlässlich des 1. Mai 2013. Heutzutage wird der 1. Mai meist nur noch als irgendein arbeitsfreier Tag gesehen, an dem man Fahrrad-Touren unternimmt und das schöne Wetter genießt. Ursprünglich hat dieser Tag jedoch eine ganz andere Bedeutung: seit über hundert Jahren ist der 1. Mai ein Tag an dem Arbeiterinnen und Arbeiter auf der ganzen Welt für ihre Rechte einstehen und ihre Forderungen auf die Straße tragen.

Angesichts der momentanen Krise, des allgegenwärtigen Sozialabbaus und der einschneidenden Sparmaßnahmen ist es sehr wichtig, sich wieder die eigentliche Bedeutung des 1. Mai bewusst zu machen. Dabei soll diese Broschüre helfen.

In Zeiten der so genannten „Euro-Krise“ ist die Wirtschaft wieder einmal an einem Punkt angelangt, an dem sie schon sehr oft stand: es gibt eine „Krise“ und dutzende sogenannter „Experten“ meinen uns im Radio, Fernsehen und der Zeitung erklären zu können woran es dieses Mal schon wieder liegt. Dabei wird allerdings nie zur Sprache gebracht, dass diese Krisen durch unser Wirtschaftssystem verursacht werden. Denn wer sich die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte anschaut, wird sehr schnell merken, dass egal ob Öl-, Staats-, Währungs- oder Banken Krisen, es Krisen immer wieder gibt und sie unseren Lebens- und Arbeitsalltag im kapitalistischen System bestimmen.

Wenn man sich die Auswirkungen dieser Krisen anschaut, wird sehr schnell eines klar: in Krisenzeiten werden unsere sozialen und demo-



kratischen Rechte massiv eingeschränkt. Das betrifft jedoch nicht alle gleich stark: am meisten betroffen sind Arbeiterinnen und Arbeiter und alle die in irgendeiner Art und Weise von Sozialleistungen abhängig sind.

Beispiele dafür gibt es genug, wie etwa die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67, die Einführung von Hartz IV oder das Aushebeln von Tarifverträgen durch beispielsweise Leiharbeit. Natürlich alles mit der Begründung, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland konkurrenzfähig bleiben muss. Oft wurden ganze Belegschaften durch die Einführung von Leiharbeit gespalten, überall ist die Rede davon, dass wir „den Gürtel enger schnallen“ müssen.

Wir sollen dafür gerade stehen, wenn Banken und Großkonzerne pleite gehen. Das bedeutet oft, dass Gewinne privatisiert und Schulden sozialisiert – also auf uns abgewälzt werden. Das hat zur Folge, dass wir uns mit Entlassungen konfrontiert sehen oder die Löhne trotz steigender Lebenserhaltungskosten sinken.

Wenn es dann einmal „gut läuft“ in der Wirtschaft, dann muss für schlechte Zeiten gespart werden und der „Aufschwung“ darf beispielsweise nicht durch Lohnforderungen „gefährdet“ werden. Doch was wir gefährden ist nicht den so genannten Aufschwung, sondern einzig und allein die Profite weniger.

Diese Verhältnisse in Arbeitswelt und Politik sind so nicht akzeptabel und weiter tragbar! Doch wenn sich diese Lage verbessern soll, müssen wir etwas dafür tun: zum einen bedeutet es, sich nicht mit diesem System abzufinden, in dem Eigennutz und Konkurrenzdenken mehr zählen als ein solidarisches und menschliches Miteinander, zum anderen bedeutet es: Sich zusammenschließen und gemeinsam aktiv werden!

Nur wenn sich viele im privaten und öffentlichen Alltag zum Wohle der lohnabhängigen Mehrheiten einbringen, können Verbesserungen in Politik und Wirtschaft erzielt werden. Es liegt an uns Alternativen zu diesem Wirtschaftssystem und der damit einhergehenden Politik zu finden und gemeinsam zu verwirklichen.

Gemeinsam mehr erreichen.

Gemeinsam stark. ■

Die Krise heißt Kapitalismus

„Über den Widerspruch zwischen Besitz und Nichtbesitz von Produktionsmitteln und die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus“

Uns fällt es manchmal schwer, die Auswirkungen, von denen wir betroffen sind und von denen wir in den Medien hören im Kontext der Wirtschaftskrise und damit im direkten Zusammenhang mit dem Kapitalismus zu sehen. Doch dieser Zusammenhang besteht.

Während die Reallöhne kontinuierlich sinken, sind immer mehr Menschen dazu gezwungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wie z.B. Leiharbeit, einzugehen. In Baden-Württemberg hat die Zahl der LeiharbeiterInnen in den letzten Jahren stark zugenommen. Mittlerweile befinden sich über 120.000 Personen in solch einem Arbeitsverhältnis und verdienen im Durchschnitt bei gleicher Tätigkeit ca. 43% weniger als ihre festangestellten KollegInnen. Ihre finanzielle Notlage wird ausgenutzt und die Flexibilität dieses Arbeitsverhältnisses gibt ihnen keinerlei Sicherheit. Auch die zunehmenden sog. Frist- oder Minijobs bieten keine akzeptable Zukunftsperspektive.

Unsere Arbeitswelt ist geprägt von prekären Beschäftigungsverhältnissen, die von unseren ArbeitgeberInnen gewollt sind und genutzt werden, um Profite durch Lohnkürzungen zu maximieren. Es wird uns weiß ge-

macht, wir seien für Unternehmen zu teuer - unsere Löhne und Arbeitsbedingungen zu anspruchsvoll um konkurrenzfähig zu bleiben.

Wir sollen zufrieden sein mit dem, was wir haben, und abgeschreckt auf diejenigen herabblicken, die es noch schlechter erwischt hat, dabei aber immer vor Augen, dass es uns bald schon ebenso ergehen könnte. Das soll dazu führen, dass die Menschen mehr leisten, aus Angst die Anstellung zu verlieren. Diese Politik hat zur Folge, dass wir uns mit denen entsolidarisieren, die unsere Situation teilen: die Rede ist von allen Lohnabhängigen, egal ob im selben Betrieb oder über Landesgrenzen hinaus.

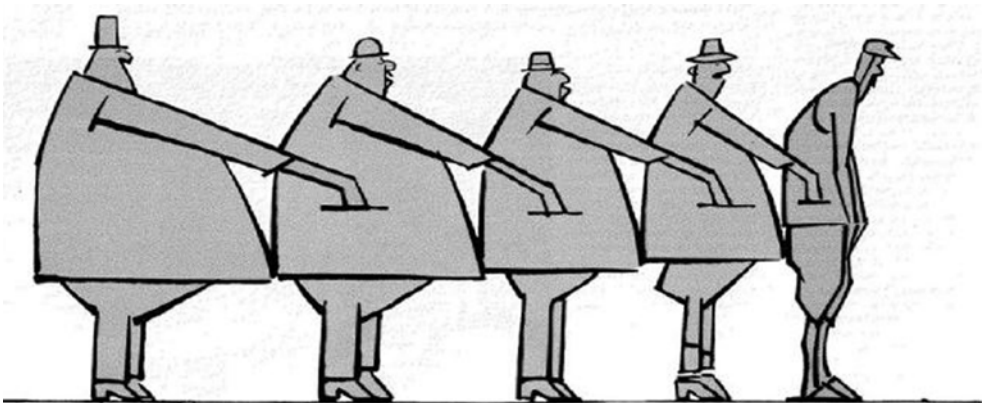
Wir wissen alle, dass die Leidtragenden der Krise nicht die Verursacher selbst sind, sondern die Lohnabhängigen.

„Geld für weitere Sozialleistungen ist nicht da!“ wird uns immer wieder eingetrichtert. Gleichzeitig werden Milliarden in marode Banken gepumpt. Das wird damit begründet, dass Insolvenzen zu noch fataleren Folgen führen würden und die Banken daher „systemerhaltend“ seien. Doch am wenigsten nützt das uns Arbeiterinnen und Arbeitern, die wir durch unseren täglichen Einsatz, die-

ses System, das uns ausbeutet und unterdrückt, erhalten. Und da wird der Riss deutlich, der sich durch alle kapitalistischen Gesellschaften zieht. Es ist der Widerspruch zwischen dem Besitz und Nicht-Besitz an Kapital und Produktionsmittel, der unabhängig von „Merkmalen“ wie Nationalität oder Geschlecht, die Gesellschaft spaltet. Und das weltweit!

In Spanien und Griechenland ist dieser Widerspruch besonders verschärft. Der von der Troika, bestehend aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Union, diktierte Sparkurs sorgt für wachsenden Unmut in der Bevölkerung. Die Einschnitte im sozialen Sektor und die Massenentlassungen im öffentlichen Dienst stellen für den Großteil der Bevölkerung einen gravierenden Verlust an Absicherung dar. In Griechenland

beispielsweise sind die Löhne im öffentlichen Dienst um bis zu 60% gesunken. Auch hier sind die Leidtragenden nicht die Verursacher! Deshalb regt sich unter den Lohnabhängigen Widerstand in Form von Streiks und Protesten. Die Regierungen, die diese Einschnitte mittragen, geraten zunehmend in Kritik. Was wir in den Medien über die Auswirkungen der Krise in Europa erfahren, sind meist verkürzte Darstellungen, denen zufolge die „Pleitegriechen“ und „die faulen Südländer“ selbst für ihre Situation verantwortlich seien, da sie zu lange über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Dadurch soll zum einen verhindert werden, dass Solidarität mit den kämpfenden griechischen Lohnabhängigen aufkommt. Zum anderen wird so verschleiert, welchen Charakter die Krise tatsächlich hat. Denn seit es die kapitalistische



Die Krise heißt Kapitalismus

Wirtschaftsform gibt, sind ökonomische Krisen an der Tagesordnung. Dies zeigt ein kurzer Blick in die Geschichte: Die „Gründer“-Krise von 1873, die „Weltwirtschafts“-Krise von 1929, die „Öl“-Krise von 1973 oder die „Banken“-Krise seit 2007 und jetzt aktuell eine „Staatsschuldenkrise“. Allein schon aufgrund der Bezeichnungen hat es den Anschein, als hätten alle Krisenerscheinungen ganz unterschiedliche Ursachen. Doch ist es nicht eigentlich das System des Kapitalismus an sich, das in

regelmäßigen Abständen Krisen erzeugt? Nach jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgt die Depression, die Krise, welche Massenarmut und Sozialabbau als Konsequenz hat. Weil aber die Krisen und deren verheerenden Folgen für die Lohnabhängigen nicht losgelöst vom Kapitalismus betrachtet werden können, sich einander sogar bedingen, kann es für uns nur eine Antwort geben: erst wenn wir den Kapitalismus überwunden haben, können wir frei nach unseren Bedürfnissen arbeiten und leben. ■



Aus Erfahrungen lernen

- Organisiert für gemeinsame Interessen eintreten -

Achern/Bühl Die Glashütte Achern, ein Standort der US-amerikanischen Firma „Owens Illinois“, hat ihre Tore im Dezember 2012 geschlossen. Laut der Gewerkschaft IG BCE haben durch diese „Maßnahme“ 247 MitarbeiterInnen ihren Arbeitsplatz verloren. Unklar ist wie viele Zulieferer, Sicherheitsangestellte, Reinigungsfachkräfte, etc. durch diese Schließung des Acherner Standortes nun auch in ihrer Existenz bedroht sind.

Die Firma Owens-Illinois (O-I) ist mit mehr als 24.000 Beschäftigten einer der weltweit größten Hersteller von Behälterglas und betreibt in Deutschland drei weitere Werke neben dem im Ortenaukreis. Während O-I plant in andere europäische Standorte zu investieren, wurde im Acherner Werk nur knapp fünf Monaten nach der ersten Ankündigung über die Schließung eines Produktionsortes (Wanne), die komplette Standort-schließung umgesetzt.

Die Schließung der Acherner Glashütte verlief leider ohne große Gegenwehr, sowohl von Seiten der Gewerkschaft als auch von Seiten der Beschäftigten. Einziger greifbarer Protest dagegen war eine Demonstration durch die Acherner Innensstadt, welche jedoch an der Tatsache der Schließung nichts mehr ändern

konnte, da diese bereits beschlossene Sache war.

Auch in Bühl könnte es in den nächsten zehn Jahren zu solch massiven Entlassungen kommen. Seit einiger Zeit gibt es im dortigen Bosch Fertigungswerk (über 2500 ArbeiterInnen) nämlich Gerüchte über eine eventuell bevorstehende Schließung.

Um darüber Klarheit zu bekommen zogen am 13. Dezember 2012 über 1000 ArbeiterInnen der ersten Schicht lautstark mit Fahnen und Transparenten vom Bosch-Werk zum städtischen Bürgerhaus, wo eine Betriebsversammlung stattfand. Zuerst berichtete Betriebsrat Lorenz, dass ca. ein Jahr zuvor die Meldung kam, dass im Osten Europas ein neues Werk entstehen solle, welches den gleichen Bereich wie das Bühler Werk abdecke. Obwohl große Gewinne verbucht wurden, wurden die Jubilarsfeiern gestrichen, es ist kaum noch Geld für Fortbildungen da und es gab in Bühl seit 10 Jahren so gut wie keine unbefristete Einstellung mehr. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Belegschaft vom Betriebsleiter mit Aussagen wie „vorläufige Standortsicherung bis 2018“ oder „es wird sozialverträgliche Maßnahmen geben“ vertröstet; es gab jedoch keine konkreten Aussa-

gen zu der möglichen Schließung im Jahr 2020. Wenn sich eine Standortverlagerung und ein somit verbundener Arbeitsplatzverlust von mehreren 1000 Betroffenen ankündigt, gilt es aktiv zu werden. Die Demo hin zu der Betriebsversammlung Anfang Dezember kann hierfür nur der Anfang sein.

Wir müssen aus Erfahrungen wie die der widerstandslosen Schließung der Acherner Glashütte lernen und die Arbeitskämpfe um Erhalt der Arbeitsplätze oder zumindest um klare und akzeptable Lösungen früh aufnehmen. Ein Streik vor bereits geschlossenen Werkstoren kann keinen wirtschaftlichen Druck mehr aufbauen! ■

„Europaweiter“ Generalstreik am 14. November 2012

Am Mittwoch, dem 14. November 2012, fanden in ganz Europa Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen und andere Aktionen, gegen die von der Europäischen Union und Internationalem Währungsfonds verordnete sozialfeindliche Wirtschaftspolitik, statt. Millionen Lohnabhängige gingen in Europa an diesem Tag auf die Straße und zeigten ihren Unmut über die Krisenpolitik der Regierungen. Zu einem Generalstreik riefen die Gewerkschaften in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Belgien auf. In Portugal legten bis zu 90% der in Krankenhäuser beschäftigten ihre Arbeit nieder und auch die spanischen Flughäfen sahen sich auf Grund des Streiks gezwungen über die Hälfte aller Flüge zu streichen. Auch in Deutschland kam es, zwar nur vereinzelt und unter geringer Beteiligung, zu Solidaritäts-Aktionen mit den streikenden KollegInnen anderer Länder. Angesichts der Tatsache das die deutsche Bundesregierung einen starken Einfluss auf die soziale Entwicklung in den betrof-

fenen Ländern ausübt wäre es hier umso wichtiger klarzustellen, dass wir mit den „Lösungsstrategien“ nicht einverstanden sind. Allerdings verbietet das im europäischen Vergleich strenge Streikrecht in Deutschland einen politischen Streik, sodass eine Beteiligung an einem europäischen Generalstreik für deutsche Gewerkschaftsstrukturen mit einer für sie nicht zu tragenden finanziellen Belastung verbunden wäre. Deutsche Gewerkschaften sind für den durch Streiks verursachten Gewinnausfall haftbar, wenn es nicht um Tarifforderungen geht. Aus diesem Grund ist es wichtig für das politische Streikrecht einzustehen. Es gehört zur politischen Auseinandersetzung einer offenen Gesellschaft, dass diejenigen, die nur von ihrer Arbeitskraft leben und als solche in wirtschaftlich und sozial abhängiger Stellung sind, das einzige Druckmittel, das sie haben, nämlich die kollektive Arbeitsniederlegung, auch einsetzen können müssen. Dies ist unsere einzige Möglichkeit, unseren politischen Interessen effektiv Ausdruck zu verleihen.

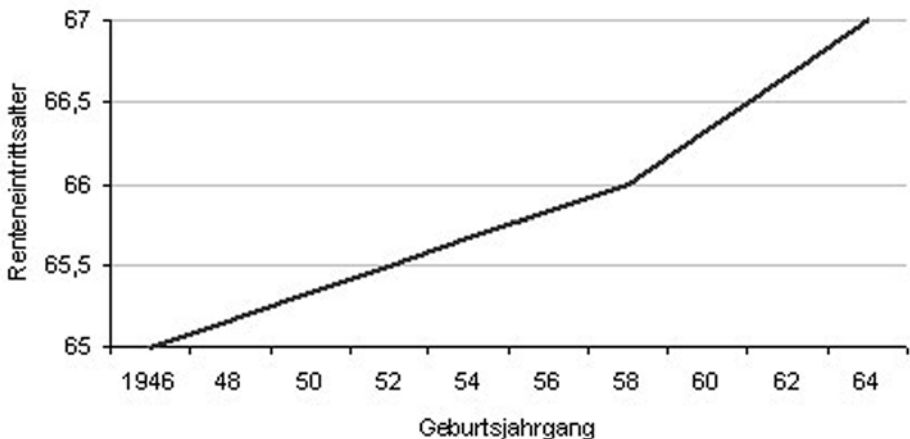
Organisiert Kämpfen

*Das Leben in die eigenen Hände nehmen!
Oder: Warum ich mich als LohnabhängigeR organisieren muss.*

Um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen, ist eine konsequente Organisierung unausweichlich. Nur als Einheit aller Arbeitenden ist es uns möglich, starken Druck auszuüben und so gemeinsam Verbesserungen unserer Arbeits- und Lebenssituation erkämpfen zu können. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt dabei eindeutige Erfolge auf. So sind heutige Errungenschaften, wie z.B die Fünf-Tage-Woche, der Acht-Stunden-Tag oder viele der noch verbliebenen Arbeits- und Kündigungsschutzgesetze, das Ergebnis harter Arbeitskämpfe. Die ersten Forderungen nach einem Acht-Stunden-Tag wurden bereits im Jahr 1834 gestellt. Damals zogen

in Großbritannien mehr als 30.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter gemeinsam in den Streik. Dieser Arbeitskampf wurde zwar von der britischen Regierung niedergeschlagen, aber die Entwicklung ließ sich nicht mehr aufhalten. Der Kampf um kürzere Arbeitszeiten wurde weltweit geführt.

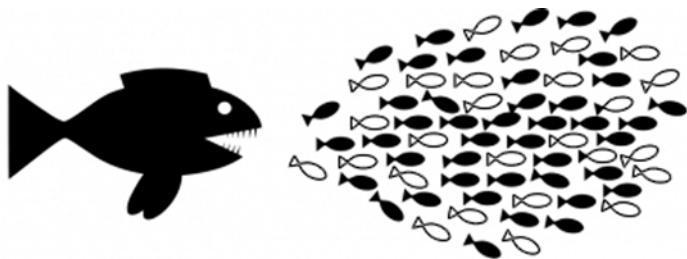
Erfolgreiche Arbeitskämpfe führten bisher zwar zu eindeutigen Verbesserungen, nicht aber zur Überwindung des kapitalistischen Systems an sich. Trotz einiger Reformen hat sich also die Grundsituation nicht verändert, in der sich die herrschende Klasse und die Klasse der Lohnabhängigen gegenüberstehen. Es gibt genügend



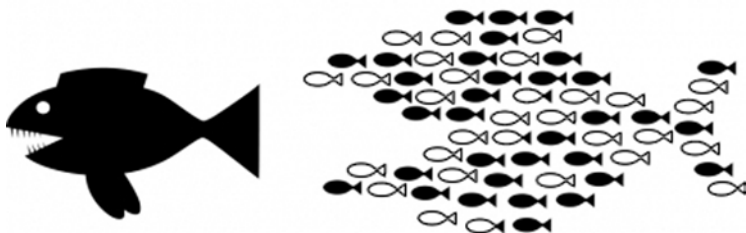
Beispiele, in denen bereits erkämpfte Rechte wieder rückgängig gemacht oder umgangen werden. Kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter so wie ihre Betriebsräte werden eingeschüchtert und unbequeme Belegschaften durch LeiharbeiterInnen ersetzt.

Die Gewerkschaften wiederum handeln nicht selten zu zögerlich, um sich dieser Entwicklung entgegenzustellen oder ernsthafte Erfolge erzielen zu können. So leisteten sie gegen die Rente mit 67 keinen nennenswerten Widerstand. Dies mag daran liegen, dass sich oftmals die Gewerk-

schaftsführungen zu sehr von der Basis entfernt haben, um deren Interessen ernsthaft nachvollziehen zu können. Nichtsdestotrotz ist es elementar wichtig für alle Arbeiterinnen und Arbeiter, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Ziel muss es sein, die Gewerkschaft wieder zu dem zu machen was sie eigentlich sein sollte. Eine kämpferische und klassenbewusste Massenorganisation, welche unsere Interessen durchsetzt. Dies ist allerdings nur möglich wenn wir uns in Gewerkschaften organisieren und diese von unten aufbauen. ■



ORGANIZE!



Für mehr als nur dagegen

Eine andere Welt ist möglich - für ein solidarisches Miteinander!

All die Probleme, die in dieser Broschüre kurz angerissen werden, sind Probleme, die untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden sind und innerhalb dieses Systems nicht gelöst werden können. Der Widerspruch zwischen Besitz und Nicht-Besitz von Produktionsmitteln ist offensichtlich und für uns als Lohnabhängige untragbar. Doch eines darf nicht vergessen werden: der Kapitalismus ist von Menschen gemacht und kann demnach auch von Menschen umgestaltet, verändert und überwunden werden. Nur gemeinsam, entschlossen und organisiert kann ein erster Schritt hin zu einer Politik- und Wirtschaftsweise getan werden, die unseren Bedürfnissen gerecht wird. Darum müssen wir uns mit anderen,

die unsere Interessen teilen, auseinandersetzen und eine Perspektive schaffen, in der die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht umgekehrt.

Eine Gesellschaft, in der wir der Entsolidarisierung und Vereinzelung grenzenlose Solidarität entgegensetzen.

Mitbestimmung beginnt im Alltag und besteht eben nicht nur darin, alle vier Jahre ein Kreuz zu machen. Mischen wir uns ein, schließen wir uns zusammen und verändern gemeinsam unsere Lebenssituation.

Also lasst uns nicht nur am 1. Mai, sondern jederzeit für unsere Ziele und Bedürfnisse eintreten.

Heraus zu unserem Tag! ■

Impressum

Die GemeinsamStark-Kampagne ist ein gemeinsames Projekt von

Antifaschistische Linke Freiburg [info@antifaschistische-linke.de]

Linke Initiative Bühl-Achern [achernbuehl@riseup.net]

Weitere Infos im Netz unter:

gemeinsamstark.noblogs.org

antifaschistische-linke.de

V.i.S.d.P.: Karl Linker, Hauptstraße 45, 77855 Achern

Auflage: 10.000 Stück

Heraus zum revolutionären 1. Mai!

Wie es in der Broschüre zum Ausdruck kommt, sehen wir es als notwendig an, sich zu engagieren und zu zeigen, dass wir uns mit der bisherigen Situation nicht zufrieden geben wollen. Das gilt insbesondere für den internationalen Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter, dem 1. Mai. Indem wir an diesem Tag gemeinsam auf die Straße gehen, machen wir den ersten Schritt, unser aller Interesse in die Öffentlichkeit zu tragen.

Es wird verschiedene Veranstaltungen geben:

Filmvorführung und Vokü: „The Navigators“

[Regie: Ken Loach - 2001]

Sonntag, 21.4. | 20.00 Uhr | Linkes Zentrum | adelante! Freiburg
(Glümerstrasse 2)

Solikneipe, Vokü, Unterhaltungsprogramm und Specials

Freitag, 26.4. | 20.00 Uhr | Linkes Zentrum | adelante! Freiburg

Filmvorführung und Vokü: „The Take - Die Übernahme“

[Regie: Naomi Klein / Avi Lewis - 2004]

Freitag, 26.4. | 20.00 Uhr | Linkes Zentrum | adelante! Freiburg |

Revolutionäre 1.Mai-Demonstration in Karlsruhe

Auftaktkundgebung 13.00 Uhr | Kongresszentrum
weitere Infos: 1maikarlsruhe.blogspot.de

DGB-Demo in Freiburg mit Antikapitalistischem Block

Auftaktkundgebung 11.00 Uhr | Stühlinger Kirchplatz
Infos zum Antikapitalistischen Block: www.antikap-freiburg.tk

DGB-Demo in Offenburg

Auftaktkundgebung 10.00 Uhr | Fischmarkt

IGMetall-Kundgebung in Gaggenau

Beginn 10.00 Uhr | Marktplatz